

Wahl der Vorsitzenden | Birgit Koch: Rede zur LDV 2017

Ich möchte mich euch vorstellen. Mein Name ist Birgit Koch. Ich bin 57 Jahre alt. Mitglied der GEW bin ich seit 1978, also seit Studienbeginn.

Ich komme aus Kassel und bin Gymnasiallehrerin für die Fächer Deutsch und evangelische Religion. Zuletzt habe ich an der Willy-Brandt-Schule, einer berufsbildenden Schule in Kassel, unterrichtet. Im hessischen Schuldienst bin ich erst seit 2002.

Meine gewerkschaftlichen Aktivitäten in der GEW begannen 16 Jahre vorher. Damals habe ich bei privaten Bildungsträgern gearbeitet. Ich war dort Betriebs- und Gesamtbetriebsrätin. Ich weiß, was es heißt, prekär beschäftigt zu sein und sich von einem befristeten Vertrag zum nächsten zu hangeln. Ich habe seinerzeit im Bezirksverband Nordhessen im Bezirksangestelltenausschuss und im Landesangestelltenausschuss mitgearbeitet.

Seit 2004 bin ich Mitglied im Gesamtpersonalrat in Kassel, seit 2006 stellvertretende Vorsitzende und seit 2009 gemeinsam mit Reinhard Besse im Team Vorsitzende des Gesamtpersonalrates in Kassel.

Von 2011 bis 2014 war ich stellvertretende Vorsitzende der GEW Hessen und von 2014 bis heute Vorsitzende im Tandem mit Jochen Nagel.

Aktiv arbeite ich in der Bezirksfachgruppe der Berufsbildenden Schulen in Nordhessen und in der Landesfachgruppe mit. Außerdem bin ich Mitglied des Kreisvorstands Kassel-Land. Ich bin zudem Mitglied im Bezirksvorstand Nordhessen und Geschäftsführerin des Sozialen Hilfswerks der GEW Nordhessen.

Ich kandidiere zusammen mit Maike Wiedwald im Tandem zum Vorsitz der GEW Hessen.

Ich möchte mich in den nächsten drei Jahren in den politischen Themenfeldern:

- Hessische Bildungspolitik,
- Inklusion,
- zugewanderte Kinder und Jugendliche,
- Digitalisierung
- sowie Menschen und Gewerkschaftsrechte

besonders einbringen.

1. Bildungspolitik

Wir verzeichnen in Deutschland eine immer größere Konzentration von hohem Einkommen und Vermögen. Gleichzeitig sind die öffentlichen Haushalte im Bildungsbereich dramatisch unterfinanziert.

Auch eine Kreditfinanzierung gesellschaftlich wichtiger Aufgaben ist aufgrund der Schuldenbremse nicht mehr möglich.

Das ist gerade angesichts des extrem niedrigen Zinsniveaus der vergangenen Jahre absurd.

Jubelmeldungen wie: *Hessen ohne Schulden. Finanzminister Schäfer kündigt schwarze Null für 2017, 2018 und 2019 an*, passen nicht in eine Bildungslandschaft,

- in der in den Schulen der Putz von Wänden und Decken bröckelt,
- Lehrerinnenstellen nicht besetzt werden können, weil schlicht keine Lehrkräfte mehr zu kriegen sind,
- Schulleiterinnen-Stellen nicht besetzt sind, weil dieser Beruf, vor allem in den Grundschulen finanziell und aufgrund der Arbeitsbelastung nicht attraktiv ist.

Die OECD-Staaten geben im Durchschnitt 6 % der Wirtschaftsleistung für Bildung aus, Deutschland hingegen nur 5,2 Prozent. Diese Zahl ist seit einem Jahrzehnt konstant und die Differenz beträgt rund 25 Milliarden Euro pro Jahr. Wollte Deutschland zu den führenden OECD-Staaten wie etwa Dänemark und Norwegen aufschließen, wären höhere Bildungsausgaben von 60 bis 90 Milliarden Euro notwendig – pro Jahr, wohlgemerkt!

Um gerechte und gleiche Bildungschancen für alle Kinder und Jugendlichen zu schaffen, brauchen wir mehr finanzielle Mittel, zum Beispiel durch eine angemessene Besteuerung sehr hoher Vermögen. Dabei sollten wir uns an den führenden Ländern der OECD orientieren. Wir brauchen bessere Personalschlüssel in Kitas, Schulen und Hochschulen. Und wir brauchen eine moderne Gebäudeinfrastruktur, in der gerne gelernt und gearbeitet wird.

2. Inklusion

Eine gelingende Umsetzung der Inklusion ist in Hessen auch im Jahr 6 der UN-Behindertenrechtskonvention ein fernes Ziel. Im neuen Hessischen Schulgesetz, das zum 1. August 2017 in Kraft trat, findet sich weiterhin der Ressourcenvorbehalt.

Schwerpunktschulen sollen entstehen, das ist ganz und gar kein inklusiver Ansatz.

Und die Inklusiven Schulbündnisse? Schulen setzen sich zweimal im Jahr zusammen, um die knappen Mittel zu verteilen? Eine gruselige Vorstellung.

Die GEW Hessen hat hier eine klare Position: Inklusion ist ein Menschenrecht.

Wir setzen uns dafür ein, dass im Sinne unseres Beschlusses 3:1:1 die Förderschullehrkräfte in den Regelschulen eingesetzt werden.

Wir setzen uns dafür ein, dass die Beratungs- und Förderzentren allenfalls zu Erhaltung der Fachlichkeit beitragen, aber auf keinen Fall wie kleine Schulämter die inklusive Beschulung steuern.

Für uns ist Inklusion nicht **alleine** eine Frage der Haltung – aber das natürlich auch. Inklusion ist vor allem eine Frage der Ressourcen.

Unter diesen Vorzeichen werden wir auch weiterhin die Umsetzung der inklusiven Beschulung, gemeinsam mit unseren Bündnispartnern, kritisch begleiten.

3. Zugewanderte Kinder und Jugendliche: Sprachliche Integration

Bildungspolitik für Zugewanderte wird von der Innenpolitik gemacht, und zwar auf Grundlage von Sozialrecht und Aufenthaltsrecht.

Die zu uns gekommenen Menschen werden bleiben. Sie brauchen Bildung und Arbeit. Wir fordern, dass in Hessen ab dem Tag der Einreise der Schulbesuch für schulpflichtige Kinder und Jugendliche beginnen soll. Und nicht erst, wenn die Familien einer sogenannten Gebietskörperschaft, also einer Stadt oder Kommune zugewiesen sind. Das ist vertane Bildungszeit. Damit würden wir Hessen genauso verfahren wie das Saarland, Berlin und andere Bundesländer.

Und auch der Spracherwerb der Erwachsenen sollte ab dem ersten Tag der Einreise beginnen. Es ist schlecht, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge im Asylverfahren und auch geduldete Flüchtlinge von Kursen ausschließt.

Noch immer warten wir auf ein Gesamtförderkonzept zur Integration.

Weiter halten wir an unserer berechtigten Forderung fest: Wir brauchen das Recht auf Schulbesuch für 16 bis 21jährige Jugendliche auch über die Schulpflicht hinaus. Und wenn zugewanderte Jugendliche in ihrem Herkunftsland weniger als acht Schulbesuchsjahre absolviert haben, muss das Recht auf Schulbesuch bis zum 27. Lebensjahr ausgedehnt werden.

4. Digitalisierung

Die Digitalisierung ist ein Thema, mit dem sich die GEW beschäftigen wird und unbedingt intensiver beschäftigen muss. Begonnen haben wir damit in der Fachgruppe Berufsbildende Schulen. Die von Frau Wanka versprochenen 5 Milliarden Euro müssen für den Digitalpakt bereitgestellt werden, damit Schulen Breitband und WLAN sowie Geräte bekommen.

Damit ist es aber nicht getan. Parallel benötigen wir Fort- und Weiterbildung für die Lehrkräfte. Und wir brauchen natürlich sinnhafte pädagogische Konzepte, die klären, was denn in der digitalen Welt wirklich unter pädagogischen Gesichtspunkten sinnvoll ist. In diese Debatte möchte ich mich verstärkt mit meiner Fachgruppe einarbeiten und einmischen.

5. Menschen- und Gewerkschaftsrechte

Die GEW tritt aktiv gegen die Verletzung von Menschen- und Gewerkschaftsrechten ein.

Besondere Aufmerksamkeit widmet die GEW der Situation in der Türkei, denn die Regierung der Türkei tritt derzeit die Menschen- und Gewerkschaftsrechte mit Füßen.

Nach dem so genannten Putschversuch vom 15. Juli 2016 wurde der Notstand ausgerufen. Regiert wird mit Dekreten, die Gesetzesrang haben. Verdächtige werden in Untersuchungshaft gesteckt und müssen bis zur Anklageerhebung wochen- oder monatelang schmoren. Pro Asyl spricht von „der Wahllosigkeit der Verhaftungen“. Immer lautet der Vorwurf ähnlich: Mitgliedschaft in einer Terrororganisation, Unterstützung einer solchen oder Terrorpropaganda usw. usw.

In türkischen Gefängnissen wird nach Berichten von Human Rights Watch gefoltert und misshandelt. Es wird von Schlägen und sexuellem Missbrauch berichtet. Opfer von Folter und Misshandlung sind insbesondere Gefangene, denen eine Verbindung zu den Putschisten vorgeworfen wird.

Weit über 100.000 Beschäftigte aus dem öffentlichen Dienst sind entlassen worden. Von Repressionen und Schikanen sind Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter besonders betroffen. 36 Prozent, also der größte Teil der Entlassenen, sind Lehrerinnen und Lehrer. Unter den entlassenen Kolleginnen und Kollegen befinden sich 1.500 Mitglieder unserer Schwestergewerkschaft Eğitim Sen.

Die GEW Hessen fordert ein sofortiges Ende der Verfolgung und Kriminalisierung von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern in der Türkei.

Wir werden uns weiter für verfolgte Lehrkräfte und Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler einsetzen, die nach Deutschland geflohen sind und hier Asyl beantragen.

Schluss

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit komme ich zum Schluss. Bei allen angesprochenen Themen der Bildungspolitik erleben wir eine Landesregierung, die diese Themen nicht steuert, sondern allenfalls verwaltet.

Was fehlt, ist ein strategisches Handeln.

Es fehlt ein Ziel und Zwischenziele, um zum Beispiel in der Durchsetzung von inklusiver Bildung oder in der Umsetzung des Ganztags zu sagen, wo wir in Hessen bildungspolitisch bei diesen Themen in fünf, in zehn und in 15 Jahren stehen wollen.

Die Landesregierung hat uns bildungspolitisch in einen „rasenden Stillstand“ versetzt – das mag paradox klingen, gleichwohl halte ich dieses Bild für richtig. Wir befinden uns in einem Stillstand, weil nichts in der Schule und den relevanten Themen voran geht, aber trotzdem rast der Zug namens Hessisches Kultusministerium durch die Schullandschaft und generiert ständig neue Ideen und Vorgaben. Diese Ideen und Vorgaben des Ministeriums sind weder durchdacht noch strukturiert, sondern ihre Durchführung wird ohne die Bereitstellung der nötigen Ressourcen nach unten an die Schulen abgedrückt. Und zwar nach dem Motto: „Seht zu, regelt das. Das geht auch vorbei.“

Es bleibt also viel zu tun im Kampf gegen die andauernde Abwertung unserer Professionen im Bildungsbereich und im Kampf für ein demokratisches und sozial gerechtes Bildungssystem, das allen Kindern und Jugendlichen gleiche Chancen einräumt.

Dafür möchte ich mich in den nächsten drei Jahren einsetzen und bitte um euer Vertrauen für das Vorsitzenden-Tandem Maike Wiedwald und Birgit Koch.